



## Verfahrensablauf Widersprüche Ü7

### Angebotsschreiben

- 17.05.2024 Postausgang
- Inkl. Versand der Ablehnungsbescheide, wenn Erst- und Zweitwunsch nicht erfüllt werden konnten
- Das Angebotsschreiben an sich ist kein Verwaltungsakt

### Widerspruchsfrist

- Widerspruchsmöglichkeit zu den Ablehnungsbescheiden Erst- und Zweitwunsch
- Widersprüche müssen an der jeweils ablehnenden Schule eingereicht werden
- Widerspruchsfrist: 1 Monat (bei Übergabe an Post gilt der Bescheid am 3. Tag nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben); nur bei rechtmäßiger Rechtsbehelfsbelehrung
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Eingang Widerspruch

- Posteingangsvermerk (Datum) auf den Widerspruch (für die Widerspruchsfrist ist der Posteingang maßgeblich, nicht das vom Widerspruchsführer aufgeführte Datum)
- Prüfung der formalen Richtigkeit (**Siehe Skript Ü7**)
  - Widerspruch eindeutig einer oder zwei Personen zuordenbar? (nicht Widerspruch durch „Familie“)
  - Unterschrift aller Sorgeberechtigten?
  - Kein Widerspruch per E-Mail
  - Widerspruch muss im Original vorliegen
  - Händische Unterschriften
  - Liegen alle Unterlagen vor auf welche ggf. im Widerspruch Bezug genommen wird?
- Schriftliche Eingangsbestätigung, ggf. Hinweise zu formalen Fehlern mit Fristsetzung (17.06.2024) zur Korrektur (**Siehe Vorlagen Skript Ü7**)
- Kopie (Verfügung) der schriftlichen Eingangsbestätigung mit Postausgangsvermerk (Datum) zur Akte nehmen
- Sofern Korrekturen etc. durch Widerspruchsführer vorgenommen werden, erhalten diese Dokumente bei Posteingang ebenfalls einen Posteingangsvermerk
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Antrag auf Akteneinsicht

- Möglichkeit zur Einsicht in alle Unterlagen zum Verwaltungsvorgang geben
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**
- **Vorlagen siehe Skript Ü7**





## Verfahrensablauf Widersprüche Ü7

### Bearbeitung der Widersprüche

- Unmittelbare Bearbeitung aller Widersprüche nach Ablauf der letzten Widerspruchsfrist
- Bearbeitung muss auch erfolgen, wenn EIL-Antrag vor Verwaltungsgericht gestellt wurde
- Prüfung jedes einzelnen Widerspruchs und des dazugehörigen Verwaltungsakts:
  - Gib es formale Fehler im Widerspruch?
  - Fehler im Verwaltungsakt?
  - Ranking korrekt?
  - Auswahlkriterien korrekt angewendet?
- Sofern Fehler im Verfahren festgestellt werden, müssen Widersprüche abgeholfen werden (Abhilfebescheid) → Rücksprache mit Staatlichen Schulamt Cottbus
  - Es können Klassen bis maximal 30 SuS aufgefüllt werden
- Sofern keine Abhilfe möglich ist, muss Vorlagebericht erstellt werden
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Weiterleitung an das Staatliche Schulamt Cottbus

- Sofern keine Abhilfe möglich ist, muss der Widerspruch schnellstmöglich an das Staatliche Schulamt Cottbus weitergeleitet werden
- Widerspruchsführer werden schriftlich darüber informiert, dass Abhilfe nicht möglich ist und der Widerspruch zur weiteren Bearbeitung an das Staatliche Schulamt Cottbus weitergeleitet wird
  - Kopie (Verfügung) wird mit Vermerk zum Postausgangsdatum zur Akte genommen
- Erstellung Vorlagebericht
- Übersendung aller Originalunterlagen zum Verwaltungsvorgang an das Staatliche Schulamt Cottbus z.Hd. der zuständigen Schulaufsicht entsprechend der Vorgaben Skript Ü7 (siehe Handlungsbedarf und weiteres Verfahren)
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Antrag vor dem Verwaltungsgericht für einstweiligen Rechtsschutz

- Ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz vor dem Verwaltungsgericht kann unabhängig von einem Widerspruch an einer Schule eingereicht werden.
- Bearbeitung Widerspruch in Rücksprache mit dem Staatlichen Schulamt Cottbus
- Folgende Unterlagen müssen **umgehend im Original** an das Staatliche Schulamt Cottbus gesendet werden, wenn eine entsprechende Anforderung über die Rechtsstelle erfolgt:





## Verfahrensablauf Widersprüche Ü7

### Versand Aufnahme- und Zuweisungsbescheide

- 07.06.2024 Postausgang
- Versand Aufnahmebescheide und ggf. Ablehnungsbescheide von Erstwunschschulen sowie Zuweisungen des Staatlichen Schulamts Cottbus

### Widerspruchsfrist

- Widerspruchsmöglichkeit zu den Aufnahme-, Ablehnungs- und Zuweisungsbescheiden
- Widersprüche müssen an der jeweils ablehnenden bzw. aufnehmenden Schule eingereicht werden, Widersprüche gegen Zuweisungen sind an das Staatliche Schulamt Cottbus zu richten
- Widerspruchsfrist: 1 Monat (bei Übergabe an Post gilt der Bescheid am 3. Tag nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben); nur bei rechtmäßiger Rechtsbehelfsbelehrung
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Eingang Widerspruch

- Posteingangsvermerk (Datum) auf den Widerspruch (für die Widerspruchsfrist ist der Posteingang maßgeblich, nicht das vom Widerspruchsführer aufgeführte Datum)
- Prüfung der formalen Richtigkeit (**Siehe Skript Ü7**)
  - Widerspruch eindeutig einer oder zwei Personen zuordbar? (nicht Widerspruch durch „Familie“)
  - Unterschrift aller Sorgeberechtigten?
  - Kein Widerspruch per E-Mail
  - Widerspruch muss im Original vorliegen
  - Händische Unterschriften
  - Liegen alle Unterlagen vor auf welche ggf. im Widerspruch Bezug genommen wird?
- Schriftliche Eingangsbestätigung, ggf. Hinweise zu formalen Fehlern mit Fristsetzung (17.06.2024) zur Korrektur (**Siehe Skript Ü7**)
- Kopie (Verfügung) der schriftlichen Eingangsbestätigung mit Postausgangsvermerk (Datum) zur Akte nehmen
- Sofern Korrekturen etc. durch Widerspruchsführer vorgenommen werden, erhalten diese Dokumente bei Posteingang ebenfalls einen Posteingangsvermerk
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**

### Antrag auf Akteneinsicht

- Möglichkeit zur Einsicht in alle Unterlagen zum Verwaltungsvorgang geben
- **Für weitere Informationen: Skript Ü7**
- **Vorlagen siehe Skript Ü7**

# WIDERSPRUCHSVERFAHREN IM SCHULISCHEN BEREICH NACH VWGO

## Verwaltungsakt

(Bescheid an den Betroffenen bzw. die Erziehungsberechtigten mit Rechtsbehelfsbelehrung.

Ohne gültige Rechtsbehelfsbelehrung ist Widerspruch 12 Monate möglich!)

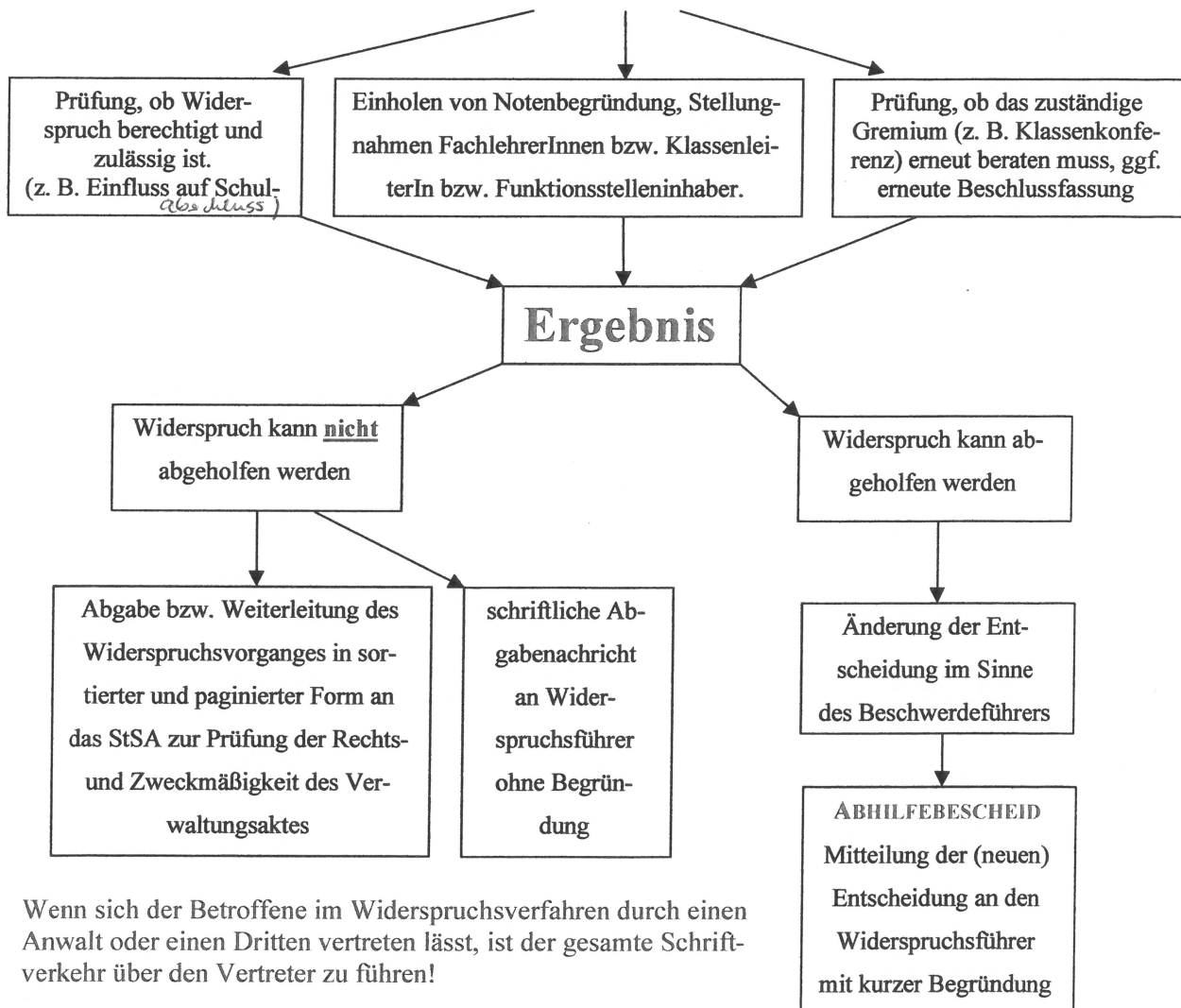


## Widerspruch

(SuS oder Erziehungsberechtigte legen **innerhalb eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch ein und es muss nicht ausdrücklich als Widerspruch bezeichnet sein. Es muss der Einwand gegen den vorliegenden Verwaltungsakt erkennbar sein. Der Widerspruch hat nach § 80/1 VwGO i. d. R. aufschiebende Wirkung. **Eingangsbestätigung** des Widerspruches ist notwendig!)



## Abhilfeverfahren durch den Schulleiter (§72 VwGO)



Wenn sich der Betroffene im Widerspruchsverfahren durch einen Anwalt oder einen Dritten vertreten lässt, ist der gesamte Schriftverkehr über den Vertreter zu führen!